

Der Fall POSCO: Landkonflikte und Umweltschäden

von Sabine Pabst

Mehr als zehn Jahre Widerstand gegen ein riesiges Projekt im ostindischen Bundesstaat Odisha führten zum Rückzug des koreanischen Stahlgiganten POSCO aus dem umstrittenen Projekt. Die Freude der Betroffenen war jedoch von kurzer Dauer: anstatt das Land, dessen Aneignung unter Missachtung mehrerer Gesetze erfolgt war, an die Dorfbewohner*innen zurückzugeben, übertrug die Regierung die Flächen an einen anderen Stahlkonzern, JSW Utkal Steel Ltd (JUSL). Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen dauern an. Die mehr als 20.000 Betroffenen sind willkürlichen Verhaftungen sowie der Zerstörung von Wald und Ackerland ausgesetzt. Auch die Umweltschäden sind besorgniserregend. FIAN International fordert, das Land unverzüglich den ursprünglichen Bewohner*innen zurückzugeben, deren Lebensunterhalt hiervon vollständig abhängt.

Im Juni 2005 unterzeichnete das südkoreanische Stahlunternehmen POSCO mit der Regierung des indischen Bundesstaats Odisha eine Vereinbarung über ein mehrere Milliarden Dollar schweres Projekt. Es handelte sich um die zu diesem Zeitpunkt größte ausländische Direktinvestition in Indien. Geplant wurden Eisenerzgruben, ein Stahlwerk und der Bau eines Hafens im Bezirk Jagatsinghpur. Hierfür wurden fast 5.000 Hektar Land beansprucht, darunter 1.600 Hektar für das Stahlwerk und 2.500 Hektar Waldfläche für die Gewinnung von Eisenerz. Im Oktober 2013 forderten acht UN-Menschenrechtsexpert*innen, darunter die UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Wohnen und das Recht auf Nahrung, eine Einstellung des Projekts. Sie verwiesen auf ernsthafte Menschenrechtsprobleme, darunter Zwangsräumungen und Einschränkungen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Nach einem internationalen Aufschrei über die Umwelt- und Menschenrechtsrisiken beschloss die Norges Bank im Jahr 2015, POSCO aus dem norwegischen staatlichen Pensionsfonds auszuschließen. Im März 2017 erklärte das koreanische Unternehmen, dass es sich

aus dem Projekt zurückzieht. POSCO forderte die Regierung des Bundesstaates auf, das Land zurückzugeben.

Waldrechtsgesetz missachtet

Ein Großteil des Gebiets ist offiziell als Waldfläche klassifiziert. Dieses wird überwiegend zum Anbau von Cashew- und Betelnüssen verwendet. Viele Familien verdienen hiermit ihren Lebensunterhalt. Das Waldrechtsgesetz von 2006 (*Recognition of Forest Rights*) verleiht den Dorfräten, den *Gram Sabhas*, beträchtliche Entscheidungsbefugnisse und sieht die Zustimmung der Betroffenen vor einer Umwidmung von Waldflächen für Industrieprojekte vor. Die betroffenen *Gram Sabhas* haben wiederholt Resolutionen gegen die Übergabe ihres Landes sowie ihrer gemeinschaftlichen Waldressourcen verabschiedet. Diese wurden von der Regierung routinemäßig ignoriert. Darüber hinaus reichten viele Dorfbewohner*innen ihre gesetzlich vorgesehenen individuellen Forstrechtsansprüche ein. Diese wurden von den zuständigen Behörden jedoch seit 2011 nicht bearbeitet.



Wache vor einer Betelnuss-Plantage

Drei verschiedene Ausschüsse der indischen Regierung haben die eklatante Missachtung von *Gram Sabha*-Resolutionen und anderer Bestandteile des Waldrechtsgesetzes festgestellt. Die Regierung des Bundesstaats Odisha wurde angewiesen, bis zur Anerkennung individueller Waldrechtsansprüche alle Arbeiten einzustellen. Das *National Green Tribunal* (NGT) – ein spezielles Umweltgericht – wies ebenfalls auf Mängel in den Genehmigungen hin. Im März 2012 setzte das NGT die Umweltgenehmigung aus und forderte eine erneute Überprüfung. Kurz darauf bekräftigte das NGT die fehlende Umweltzertifizierung und ordnete an, dass die Firma POSCO die bereits begonnene Fällung von Bäumen einstellt.

Dennoch wurden bis 2013 fast 1.200 Hektar Land in den Dörfern Nuagaon, Gadakjunga und Dhinkia gewaltsam übernommen. Die Behörden behaupteten, dass alle Landwirte konsultiert worden wären, für die beschlagnahmten Flächen eine Entschädigung – eine einmalige Barzahlung – erhalten und ihre Betel-Haine freiwillig abgebaut hätten. Bewohner*innen berichteten jedoch, dass sie weder konsultiert noch ausreichend informiert wurden. Diejenigen, die eine Entschädigung ablehnten, wären unter physischem Druck dazu gezwungen worden.

Illegale Landvergabe und Verlust der Lebensgrundlagen

Das Land hätte entsprechend der gesetzlichen Vorgaben nach dem Rückzug von POSCO an die Menschen in den Dörfern Nuagaon, Dhinkia und Govindpur zurückgegeben werden müssen. Stattdessen überschrieb der Bundesstaat das Gebiet an einen anderen Stahlkonzern, JUSL. Die Betroffenen, deren Land, Betel-Haine und Cashew-Bäume gewaltsam zerstört wurden, verloren dadurch ihre Lebensgrundlage. Teile des Waldgebietes wurden wegen der Bauprojekte eingezäunt, was ihre Bewegungsfreiheit stark einschränkt. Hierdurch wurde ihre Möglichkeit, Arbeit zu finden, sowie ihr Zugang zu Bildungseinrichtungen und Märkten behindert, was zu überhöhten Preisen für Alltagsgüter führt.

Auch die Umwelt wurde stark beeinträchtigt. Das indische *Centre for Science and Environment* (CSE) hat die Folgen für die Umgebung und die Fischergemeinschaften untersucht. Das CSE konstatiert insbesondere eine erhöhte Gefahr durch Naturkatastrophen. Die Bauaktivitäten würden zur Abflachung von Sanddünen führen, die als natürliche Barriere dienen. Und trotz des Rückzugs von POSCO wurden bereits mehr als eine halbe Million Bäume gefällt. Da diese als natürliche Barrieren dienen und das Eindringen von Meerwasser verhindern, ist die Bedrohung durch Stürme und Zyklone, die in der Region häufig vorkommen, stark gestiegen.

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen

Seit 2005 wurden fast 2.500 Haftbefehle erlassen. Betroffen sind etwa 1.500 bis 2.000 Dorfbewohner*innen, die zwischen 2006 und 2012 an – zumeist friedlichen – Protesten teilnahmen. Dies hat dazu geführt, dass die Dorfbewohner*innen nun „unter Belagerung“ leben, da sie beim Verlassen ihrer Dörfer ständig von Verhaftungen bedroht sind. In den letzten zwölf Jahren wurden etwa 400 Personen verhaftet.

Diese Maßnahmen haben zu Verletzungen des verfassungsmäßigen Rechts auf persönliche Freiheit und Freizügigkeit geführt.

Weitere Einschränkungen sind die nachteiligen Auswirkungen auf die Fähigkeit, frei Handel zu treiben, sich außerhalb der Dörfer für Gesundheitsversorgung und Bildung zu bewegen und Zugang zu lokalen Märkten zu erhalten. Zudem wurden bei den Protesten mehrere Menschen getötet.



Protestaktion gegen das POSCO-Projekt in Delhi

Bis heute wagen sich viele Menschen aufgrund drohender Verhaftungen nicht einmal für dringende medizinische Hilfe aus ihren Dörfern. Insbesondere Frauen fürchten den Zugang zum Gesundheitswesen oder die Suche nach Lohnarbeit außerhalb ihrer Dörfer. Wiederholt wurden Angriffe mit Schlagstöcken und rücksichtslose Schläge durch Polizeibeamte dokumentiert, die zu schweren Körperverletzungen führten – auch bei Frauen und Kindern. Hinzu kommen die hohen Kosten und der zeitliche Aufwand, die mit den Anklagen und den nötigen Rechtsmitteln verbunden sind. Hierdurch wird die Sicherung des Lebensunterhalts stark behindert.

FIAN unterstützt die Betroffenen, die sich in dem Anti-POSCO People's Movement (PPSS) zusammengeschlossen haben. Sofia Monsalve, Generalsekretärin von FIAN International, forderte die indische Regierung im September 2019 in einem Brief auf, ihren gesetzlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, die Verfahren gegen die Dorfbewohner*innen einzustellen, die Anträge von Waldrechtsansprüchen endlich zu bearbeiten und die Anordnungen des *National Green Tribunals* umzusetzen.



Landfrauen im Bundesstaat Odisha (bis 2011 Orissa)